

6.2.2021

Zur aktuellen Debatte um den Lehramtsstudiengang Wirtschaft-Politik in NRW

Mit der Einführung eines eigenständigen Faches Wirtschaft an der Realschule, mit dem Neuzuschnitt des Teilfaches Wirtschaft im Lernbereich Wirtschaft und Arbeitswelt der Hauptschule sowie mit dem Kombinationsfach Wirtschaft-Politik am Gymnasium und an der Gesamtschule hat die Landesregierung einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der ökonomischen Bildung in Nordrhein-Westfalen geleistet. Wie die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte zeigen, können sich curriculare Neuerungen allerdings nur dann dauerhaft in der Unterrichtspraxis durchsetzen, wenn sie mit entsprechenden Veränderungen in der Lehrerausbildung einhergehen. Die jetzt auslaufenden Fächer der ökonomischen Bildung in den weiterführenden Schulen litten nicht so sehr unter einem Mangel an ökonomischen Themen als unter dem weitgehenden Fehlen wirtschaftswissenschaftlicher und wirtschaftsdidaktischer Lehrerbildung und auch unter dem Fachlehrkräftemangel in der Unterrichtspraxis. Während die einschlägigen Studiengänge für den Lernbereich Arbeitslehre schon seit langem eingestellt worden waren, wiesen an den meisten Hochschulstandorten die Studiengänge für das integrative Fach Sozialwissenschaften im Vergleich zu den bevorzugten Teildisziplinen Politologie und Soziologie nur geringe wirtschaftswissenschaftliche Anteile auf.

Im schlimmsten Fall wurde und wird der Unterricht dieser Fächergruppe in der Sekundarstufe I sogar komplett fachfremd erteilt. Diese für die ökonomische Bildung ungünstigen Voraussetzungen können gewiss nur mittel- bis langfristig überwunden werden; dies sollte aber kein Grund sein, auf die notwendigen Änderungen im Bereich der Lehrerbildung und auf zusätzliche Angebote in der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften zu verzichten.

Die Konstruktion des Faches Wirtschaft-Politik in NRW (vergleichbar Wirtschaft und Politik in Schleswig-Holstein oder Politik-Wirtschaft in Niedersachsen) als Doppel- oder Kombinationsfach mit annähernd gleichen Anteilen der Wissensdomänen Politik und Wirtschaft erfordert eine Lehrerausbildung in Universität und Studienseminar, die exemplarisch an für das künftige Unterrichten bedeutsamen Themen und Problemen einerseits in die disziplintypischen Perspektiven und Methoden der Politik- und Wirtschaftswissenschaft(en) einführt, andererseits Politik und Ökonomie im Sinne echter Interdisziplinarität aufeinander bezieht. Deshalb halten wir die Entscheidung des Ministeriums für Schule und Bildung, im Rahmen der Novellierung der Lehramtszugangsverordnung ein Lehramtsfach Wirtschaft-Politik einzurichten, für konsequent und notwendig. Mindestens ebenso dringlich wie die Einführung politisch-ökonomischer Doppelstudiengänge ist u. E. allerdings die Einrichtung von Studien- und Ausbildungsgängen für das eigenständige Fach Wirtschaft an der Realschule und das Teilfach Wirtschaft im Lernbereich Wirtschaft und Arbeitswelt der Hauptschule.

Wir begrüßen alle Bemühungen, zur kurz- und mittelfristigen Sicherung der Unterrichtsqualität in den neu eingeführten bzw. neu profilierten Fächern der ökonomischen Bildung flächendeckend Erweiterungsstudiengänge und Fortbildungskurse anzubieten. Interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern an solchen Weiterbildungsmaßnahmen - insbesondere beim Erwerb einer zusätzlichen (dritten) Lehrbefähigung - dürfen keine Kosten entstehen; vielmehr sollten sie ausdrücklich zur Teilnahme ermutigt und möglichst im erforderlichen Umfang vom Unterricht freigestellt werden.

Für VÖBAS NRW: Dieter Peters (Ltd. Regierungsschuldirektor a.D.)

Für den Gesamtverband: Hon.-Prof. Dr. Karl-Josef Burkard, Vorsitzender des VÖBAS e.V.